

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Integrationsrates**  
**am 23.06.2021**

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic  
Herr Robert Alich  
Frau Zehra Arslan  
Herr Murat Aykanat  
Frau Jana Bohne  
Herr John Simon Chowdry  
Frau Hanane El Alaoui  
Herr Cihad Kefeli  
Herr André Patrick Njoh Ngemhe  
Herr Elias Nottas  
Herr Jan Maik Schlifter  
Frau Brigitte Stelze  
Frau Miriam Welz  
Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Herr Rodi Alothman

Schriftführung

Frau Grewe, Kommunales Integrationszentrum

Von der Verwaltung:

Herr Thomas Helmcke, (Amt für Jugend und Familie – Jugendamt)  
Herr Wilhelm Berghan (Kommunales Integrationszentrum)  
Frau Pauline Junker (Kommunales Integrationszentrum)

Herr Dieter Linde (Pflegerwissenschaft)  
Frau Heidrun Tiemeyer (Pflegerpädagogik)

---

## Öffentliche Sitzung:

### **Zu Punkt 1      Einwohnerfragestunde**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Eine irakische Staatsangehörige schildert ihr Problem, einen Termin bei der Ausländerbehörde zu erhalten. Es wird ein weiteres Gespräch mit dem Vorstand des Integrationsrates vereinbart,

-.-.-

### **Zu Punkt 2      Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 26.05.2021**

Beschluss

**Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Integrationsrates am 26.05.2021 wird genehmigt**

- Mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 3      Mitteilungen**

./.

-.-.-

### **Zu Punkt 4      Anfragen**

./.

-.-.-

### **Zu Punkt 5      Anträge**

./.

-.-.-

### **Zu Punkt 5.1      Rettungskette für Menschenrechte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1889/2020-2025

Der TOP wird wegen Beratungsbedarfs von der heutigen Sitzung des Integrationsrates abgesetzt.

## Zu Punkt 5.2

### Ausstellung der Fiktionsbescheinigung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1917/2020-2025

Herr Kefeli erläutert seinen Antrag. Hinsichtlich der Thematik liegt eine Stellungnahme dazu vom Bürgeramt, Geschäftsbereich Kommunales Ausländerbehörde vor. Demnach ist „Die sogenannte Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. 5 AufenthG ist eine Bescheinigung, die Personen erhalten, die sich in Deutschland aufhalten und entweder die Erteilung oder die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis oder aber eine Niederlassungserlaubnis beantragt haben, aber die Ausländerbehörde darüber noch nicht entschieden hat. Es handelt sich dabei quasi um eine vorübergehende Bescheinigung. Die in Deutschland lebenden Ausländer weisen demnach mit einer Fiktionsbescheinigung das Bestehen Ihrer bisherigen Aufenthaltserlaubnis nach. Die Bezeichnung „Fiktionsbescheinigung“ zielt dabei auf die juristische Fiktion des Fortbestehens des bisherigen Aufenthaltsrechts ab. Der bundeseinheitliche Vordruck der Fiktionsbescheinigung wird als dreiteiliges Falblatt in Papierform erteilt.

Dabei gibt es 3 Varianten der Fiktionsbescheinigung: (...)

Entsprechende Fiktionsbescheinigungen werden vor dem Hintergrund knapper Termine bereits von der Ausländerbehörde verstärkt ausgestellt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass nur die Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. 4 AufenthG - rechtlich gesehen – wie eine Aufenthaltserlaubnis wirkt. Im Schengen-Raum, also auch für die Einreise und Ausreise aus und nach Deutschland, könnte man damit ohne Weiteres reisen.

Fiktionsbescheinigungen kommen nicht in Betracht bei Personen, die bereits eine zeitlich unbefristete Niederlassungserlaubnis besitzen und bei Neuausstellung eines Nationalpasses die Umschreibung des Aufenthaltstitels beantragen (Übertrag). In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass eine Ausreise nicht möglich ist, wenn kein gültiger Nationalpass oder Flüchtlingspass vorliegt. Die Fiktionsbescheinigungen führen regelmäßig bei Reisen durch Transitländer außerhalb des Schengenraums sowie bei Grenzkontrollen im Heimatland zu Irritationen, da sie nicht ohne weiteres als gültiger Aufenthaltstitel identifiziert werden.

Die Kommunale Ausländerbehörde Bielefeld hat, anders als viele andere Behörden, auch während der Lockdown-Phase die Publikumsbedienung, wenn auch mit Einschränkungen, aufrecht halten können. Die Terminkontingente wurde nach Rückgang der Inzidenzen massiv erhöht und liegt bereits aktuell deutlich über das Niveau vor Corona. Es besteht zudem das Angebot, bei dringenden oder unaufschiebbaren Angelegenheit einen Sondertermin zu vereinbaren, um einen Aufenthaltstitel nach § 78a AufenthG (Klebeetikett in Ausnahmefällen) erteilt zu bekommen.“

-.-.-

## Zu Punkt 6

### Kurzvorstellung Kommunales Integrationsmanagement (KIM)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Berghan und Frau Junker (Kommunales Integrationszentrum) erläutern die Intention und die Bausteine des Landesprogrammes, das langfristig ausgelegt ist. An der Umsetzung des Programms sind neben dem Kommunalen Integrationszentrum (Federführung) das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt sowie die REGE mbH beteiligt. Es orientiert sich an den bestehenden Konzepten („Integrationskonzept“) und wird verknüpft mit den vorhandenen Strukturen (Prozess „Bielefeld integriert“). So ist die Lenkungsgruppe „Bielefeld integriert“, in der auch der Integrationsrat vertreten ist, zugleich Steuerungsgruppe des Programms Kommunales Integrationsmanagement in Bielefeld.

Beide beantworten Fragen der Mitglieder und sichern zu, der Integrationsrat werde über den weiteren Verlauf der Umsetzung auf dem Laufenden gehalten.

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Bildungssituation von Pflege-Schüler\*innen mit Migrationshintergrund an Bielefelder Pflegeschulen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Linde und Frau Tiemeyer schildern ausführlich die aktuelle Situation insbesondere der Pflegeschülerinnen und –schüler mit Migrationshintergrund, die mit hohen Belastungen verbunden sei: Schicht- und Wochenenddienste sowie hohe (fach-) sprachliche Anforderungen – aktuell verschärft aufgrund der Pandemie. Sie berichten von Diskriminierungs- und Mobbingfällen in ihrem Berufsalltag und erläutern, dass die Angebote Ausbildungsbegleitender Hilfen (AbH) reduziert würden. Man gehe davon aus, dass dies Schülerinnen und Schüler (SuS) an acht Ausbildungsstätten (insgesamt ca. 400 SuS) betroffen sind. Herr Linde unterstreicht den hohen Bedarf an diesen Fachkräften. Es müsse alles getan und diese Schülerinnen und Schüler unterstützt werden damit sie die Ausbildung abschließen können. Gelder stünden im Prinzip dafür bereit.

Herr Linde beantwortet Fragen der Mitglieder. U.a. wird überlegt, das Gremium könne der Frage nachgehen, ob bzw. wie diese Auszubildenden perspektivisch unterstützt werden.

-.-.-

## Zu Punkt 8

### **Open Sunday als Regelangebot für Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1291/2020-2025

**Beschluss:**

Der Integrationsrat empfiehlt

1. Das Konzept der Open Sundays soll in allen Bielefelder Stadtbezirken angeboten werden.
2. Für die Koordination, Organisation und Umsetzung sind jährlich 150.000 € notwendig. Dieser Betrag wird für das Jahr 2022 im Haushalt

bereitgestellt und in der Finanzplanung 2023 ff. fortgeschrieben.

3. Für das Jahr 2021 werden 80.000 € bereitgestellt. Davon entfallen ca. 40.000 € für den Open Sunday als Open Air-Veranstaltung. Der Gesamtbetrag von 80.000 € wird aus Mitteln des Integrationsbudgets erbracht. Dem Einsatz einer überplanmäßigen 0,5 VZÄ-Stelle im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention in 2021 wird zugestimmt. Der damit verbundene überplanmäßige Personalaufwand von rd. 10.000 € wird mit Deckung aus EU-Fördermitteln oder bei (fehlender Fördermöglichkeit) aus dem Integrationsbudget nachbewilligt.

4. Das Sozialdezernat wird beauftragt, einen Antrag auf sog. EU-React-Mittel im Rahmen des Förderprogramms „Zusammen im Quartier“ beim Land zu stellen. Bei einer Förderzusage könnten 1,5 Personalstellen zur Koordinierung der Open Sundays finanziert werden. Diese werden mit einer 0,5 Stelle im Büro für Integrierte Sozialplanung und mit 1,0 Stellen beim Stadtsportbund / Sportjugend Bielefeld als Dachorganisation der Sportvereine angedockt.

- Einstimmig beschlossen –

-.-.-

## Zu Punkt 9

### **10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1717/2020-2025

Der TOP wird wegen Beratungsbedarfs von der heutigen Sitzung des Integrationsrates abgesetzt.

-.-.-

---

Murisa Adilovic

---

Annegret Grewe (Schriftführung)